



6

2025

Dr.
Arbei

25

EDITORIAL

Verfehltes Amtsverständnis

2

DEUTSCHER ARBEITGEBERTAG

„Deutschland kann mehr“

10

AGV – KURZ NACHGEFRAGT

**Demokratiebildung wird als
wichtig erachtet**

14

Verfehltes Amtsverständnis



Würde die Union in der amtierenden Bundesregierung den Arbeits- und Sozialminister stellen und würde dieser beim Deutschlandtag der Jungen Union zum „**Kampf gegen die Gewerkschaft**“ aufrufen, wäre der Bundeskanzler gut beraten, darüber nachzudenken, ob dieser Minister nicht eine

Fehlbesetzung ist. Denn ein solcher Minister hätte ein verfehltes Amtsverständnis offenbart. Jeder Arbeits- und Sozialminister ist nämlich qua Amt einer der wichtigsten Errungenschaften der bundesrepublikanischen Ordnung verpflichtet: **der Sozialpartnerschaft**.

Wesen der Sozialpartnerschaft

Darunter versteht man primär das Zusammenwirken von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften zur gemeinsamen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch den Abschluss von Tarifverträgen. Das ist aber nicht erschöpfend. Die Sozialpartner tragen die soziale Selbstverwaltung in der gesetzlichen Sozialversicherung. Und sie werden von der Bundesregierung – vertreten durch den Arbeits- und Sozialminister – an der Gesetzgebung im Bereich Arbeitsrecht und Sozial(ver)sicherungsrecht beteiligt, indem sie gehört werden und ihr fachlicher Rat Gewicht hat. **So sind beispielsweise die paritätische Mitbestimmung und das Betriebsverfassungsgesetz Ausfluss der Sozialpartnerschaft.**

Nun ist nicht zu vermeiden, dass ein Arbeits- und Sozialminister aufgrund seiner eigenen politischen Sozialisation einem der beiden Sozialpartner mehr zuneigt als dem anderen. In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland waren hier fast immer die Gewerkschaften „begünstigt“, auch wenn die CDU den Arbeitsminister gestellt hat, weil dieser meist aus den Sozialausschüssen (CDA) kam.

Zuneigen ist in Ordnung. Aber „die anderen“ zu bekämpfen, geht gar nicht. Gleichbehandlung ist selbstverständliche Pflicht.

Lachen ist nicht Auslachen

Der Anlass dieses Editorials ist bekannt: die Äußerungen von Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas vor dem Bundeskongress der Jungsozialisten am 29. November. Vorausgegangen war am 25. November ein Deutscher Arbeitgebertag, der Bärbel Bas wohl zugesetzt hat. Sie sei dort ausgelacht worden, beklagte sich Bärbel Bas. Stimmt so nicht. Ich war selbst vor Ort. Gelacht wurde

über ihre Aussage, die „Haltelinie 48“ in der Rentenversicherung würde aus Steuermitteln bezahlt und damit die Beitragszahler nicht belasten. Sie ist offensichtlich der Auffassung, die Arbeitgeber ginge nichts an, wie Steuermittel verwendet werden. Tut es doch, denn zehn Prozent des Steueraufkommens stammen aus der Körperschaftsteuer, die Gesellschafter von Personengesellschaften werden zur Einkommenssteuer veranlagt und Arbeitgeber zahlen Lohn, aus dem Lohnsteuer abgeführt wird.

Lachen über eine bestimmte Aussage ist etwas anderes als eine Person auszulachen!

Was hat sie geritten?

„Für mich war spätestens dieser Arbeitgebertag ein Schlüsselerlebnis, weil da besonders deutlich geworden ist, gegen wen wir gemeinsam kämpfen müssen. Da saßen Herren in ihren bequemen Sesseln, der eine oder andere im Maßanzug, und die Ablehnung war deutlich zu spüren.“

Das sagte Bärbel Bas vor dem Juso-Bundeskongress. Was hat sie da bloß geritten? **Welches Arbeitgeberbild hat die Ministerin?** Viele Unternehmerinnen und Unternehmer fühlen sich durch diese Äußerung verkannt. Sie kämpfen Tag für Tag dafür, in einem wirtschaftspolitisch schwierigen Umfeld Arbeitsplätze in Deutschland zu halten. Dies geschieht in aller Regel nicht zuletzt durch eine **vertrauensvolle Zusammenarbeit** mit den Betriebsräten und der Belegschaft. Für Fundamental-kritik an Arbeitgebern besteht daher nicht die geringste Veranlassung.



Quelle: BDA

Eindeutiges Echo aus der Medienwelt

Ihre Äußerung hat in der Medienwelt geradezu empörte Kommentare hervorgerufen:

Kerstin Bund in der *Süddeutschen Zeitung*: „Man fragt sich, ob Frau Bas mitbekommt, was in der Realität der Arbeitswelt gerade passiert.“

Süddeutsche Zeitung

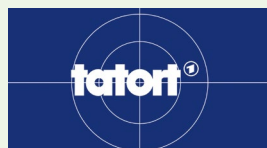
Die Wirtschaft dümpelt nun im dritten Jahr am Rand der Rezession (...). Und ausgerechnet jetzt zettelt die Arbeitsministerin einen **Klassenkampf** an? **Pauschales Unternehmer-Bashing** mag bei der Parteijugend wohlige Schauer auslösen. Am Ende aber sind es eben die Unternehmer, die Jobs schaffen – und damit die Grundlage dafür legen, dass der von Bas so leidenschaftlich verteidigte **Sozialstaat überhaupt noch finanzierbar** ist. Wer gegen Arbeitgeber

EDITORIAL

kämpft, kämpft am Ende auch gegen Arbeitsplätze und soziale Sicherung."

Alexander Neubacher attestiert Bärbel Bas im *SPIEGEL* **DER SPIEGEL** „Kapitalismuskritik auf Tatort-Niveau“.

Hintergrund: Unternehmer, Manager und Selbstständige waren in den letzten sechs Jahren 39 Mal der Mörder im „Tatort“. Alexander Neubacher wörtlich: „Ich weiß nicht, ob Bärbel Bas sonntags gern Tatort guckt. Ihr Unternehmerbild würde jedenfalls gut dazu passen. Bas hatte einen unfreiwillig komischen Vortrag über ihre Rentenpolitik gehalten, daraufhin gab es Lacher im Saal: pure neoliberale Niedertracht, aus Sicht der Ministerin (...). **Nun ist man von SPD-Politikern ähnlich scharfe Kritik am Kapitalismus gewöhnt wie vom Tatort.** Eine deutsche Arbeitsministerin, die zum Kampf gegen die Leute mit den Arbeitsplätzen aufruft, erlebt man meines Wissens allerdings zum ersten Mal (...). Ich frage mich, was Bas tut, wenn sie die Arbeitgeber erfolgreich bekämpft hat. **Will sie die Jobs dann alle beim Staat bereitstellen?**"



Thomas Sigmund im *Handelsblatt*: „Das klingt wie ein **sozialistisches Erweckungserlebnis**, aber nicht nach einem realistischen Bild von Deutschland, das seit Jahrzehnten von einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern geprägt ist (...). Zur Kampf- ansage passt auch die **realitätsferne Selbstzuschreibung** von Bas, sie habe im Gegensatz zu den Arbeitgebern immer auch die Arbeitnehmerseite im Blick. Damit zeichnet sie ein Zerrbild, nach dem Chefs nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht seien. Vielleicht sollte Bas einfach

mal die Menschen in den Unternehmen fragen. Wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich nicht täglich aufeinander verlassen könnten, würde nämlich schnell gar nichts mehr funktionieren in den Hunderttausenden Betrieben im Land."

Deeskalation statt Eskalation

Falls Sie den ersten Absatz dieses Editorials so verstanden haben sollten, dass ich mich indirekt für den Rücktritt der Ministerin oder gar für ihre Entlassung ausgesprochen hätte, hätten Sie mich falsch verstanden. Ich wünsche mir **Deeskalation statt Eskalation** und eine **Rückkehr zum Dialog**. Und ich wünsche mir, dass die Ministerin die Sozialpartnerschaft hegt und pflegt. Denn sie ist es wert.

Der große deutsche Arbeitsrechtler Bernd Rütters schrieb 2011 in der *Frankfurter Allgemeine Zeitung* zu Recht: „Was der Sozialstaat verteilen will, muss zuvor erwirtschaftet werden. Die Marktwirtschaft erfordert zugleich verlässliche und erzwingbare Rahmenregeln für die soziale Gestaltung von Produktion und Verteilung der erwirtschafteten Güter. Hier liegen ungelöste Aufgaben für alle Verantwortlichen in Staat und Gesellschaft. **Ein Instrument dazu ist die Sozialpartnerschaft. Auch sie ist alternativlos.** Das Vertrauen der Partner zueinander ist die Basis und die Gewähr für den Erfolg der sozialen Marktwirtschaft."

Michael Niebler
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des AGV

THEMEN DIESER AUSGABE

Editorial

Verfehltes Amtsverständnis 2

AGV-Personalmanagement Konferenz Außendienst

Vergütungsmodelle im Wandel - Zwischen Regulierung, Realität und Reformdruck 4

AGV-Jahresauftaktveranstaltungen 2026

AGV-Jahresauftaktveranstaltungen 2026 7

Wussten Sie schon, dass ..? 7

Aus der Welt der Statistik

Weiterbildungsumfrage 2025:
Weiterbildung erfolgt mit System 8

AGV-Regionalausschüsse

Eva-Miriam Böttcher übernimmt 8

Lobbying

Datenzugang kann zu Exodus führen 9

Deutscher Arbeitgebertag

„Deutschland kann mehr“ 10

Durch die Arbeitgeberbrille gesehen

Es gibt nichts zu besprechen 13

AGV – Kurz nachgefragt

Demokratiebildung wird als wichtig erachtet 14

AGV-Vorstand

Sirka Laudon übergibt AXA und AGV an Johannes Dick ... 16

Gedacht ... Gesagt 16

Ausgezeichnet 16

Impressum 16

Vergütungsmodelle im Wandel – Zwischen Regulierung, Realität und Reformdruck

Kaum ein Thema erhitzt die Gemüter im Versicherungsvertrieb so sehr wie die Frage: **Wer bekommt wofür wie viel Geld?** Neben Provision und Regulierung sowie der kundenorientierten Beratung steht die Vergütung schon länger im Rampenlicht.

Wie die Vergütung bereits heute in der Vertriebspraxis überdacht wird und welche neuen Wege beschritten werden können, wurde beim diesjährigen AGV-Treffen der Führungskräfte des Vertriebs und der Vertriebsunterstützung in Bonn heiß diskutiert. Geleitet wurde die Tagung von **Peter Bochnia**, Vertriebsvorstand der LVM.



© eyecatchme

Zukunft der Vergütung – Quo vadis?

Dieter Kipp, Partner bei zeb, und Gregor Morin, Senior Manager bei zeb



Dieter Kipp (rechts) und Gregor Morin (links)

Die Festlegung einer fairen Vergütung im Versicherungsvertrieb ist ein **Tauziehen zwischen Marktgerechtigkeit, Wirtschaftlichkeit und Regulatorik** – alle ziehen, keiner lässt locker. Dabei wird die Ressource Vermittler knapp: Die geringere Zahl aktiver Makler und Vermittler sowie eine kräftige Konsolidierungswelle verschieben die Marktmacht zu großen Playern. **Vertreter werden wechselfreudiger und suchen**

höhere Gewinne bei weniger Vertriebsdruck. Deshalb müssen teilweise neue Wege eingeschlagen werden. So wandern Leadgenerierung und unterstützende Services vom kostenlosen Goodie zum professionellen, teilweise bepreisten Kernasset. Eine gut austarierte Vergütung zieht Talente an und fördert nachhaltige Profitabilität.

Der Kernbefund: **Vergütung bleibt einer der stärksten Hebel für Beitragswachstum, Qualität und Bestandsstabilität.** Dabei gilt es, die Bausteine auch in Zukunft im Spannungsfeld aus Anforderungen der Vermittler, Anforderungen der Versicherer und Regulatorik sauber auszutarieren. Prognose von Kipp und Morin: Die Vergütungssysteme passen sich dynamisch an Marktbedingungen, Agenturgröße und Vertriebsform an. **Ertragsbasierte Courtage- und Provisionsmodelle mit Deckelung nach unten werden sich durchsetzen.**

Unser Weg in die Zukunft – Vertriebsfusion Barmenia.Gothaer

Jerome Claus, Bereichsleiter Unternehmenskunden Gesundheit und PMI Modul Lead, Barmenia.Gothaer

Zwei der traditionsreichsten Versicherer in Deutschland haben sich zusammengeschlossen: Barmenia und Gothaer. Zwar ist die Fusion rechtlich abgeschlossen, doch in der Praxis sind beide Häuser noch in einem **steten Integrationsprozess.** Dieser macht auch vor dem Vertrieb nicht halt. Wie der **Spagat zwischen Effizienz, Heimat und Berufsperspektiven** gelingen kann, erklärt Claus am Beispiel der Fusion zweier Exklusivvertriebe. So gibt es vermeintlich einfache

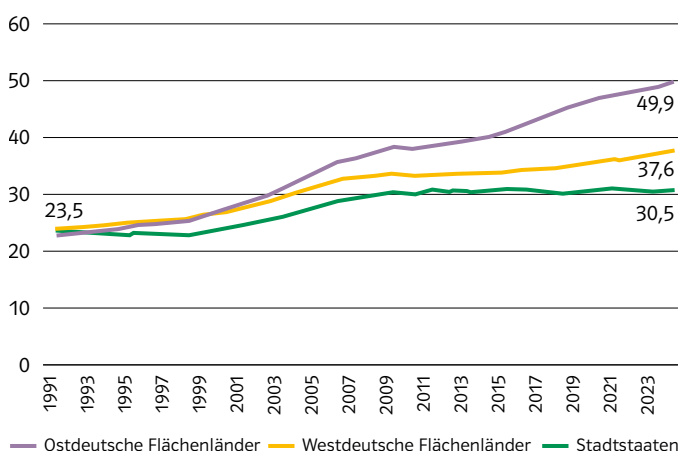
AGV-PERSONALMANAGEMENT KONFERENZ AUSSENDIENST



Jerome Claus

Entwicklung des Altenquotienten

Anzahl Personen ab 65 Jahren je 100 Personen im Alter zwischen 20 bis 64 Jahren



Hürden, wie die Neuorganisation einer gemeinsamen Jahresauftaktveranstaltung, zu überwinden. Schwieriger ist es, die „großen Brocken“ aus dem Wege zu räumen: **eine einheitliche Vergütungsstruktur, das Aufstellen einer gemeinsamen Datenbasis sowie eine gleichförmige Betreuungsstruktur.**

Claus ist sich sicher: Aus zwei traditionsreichen Exklusivvertrieben wird eine der großen Ausschließlichkeiten in Deutschland. Das daraus resultierende Potenzial ist enorm. Es wird gelingen, effiziente Vertriebsstrukturen und „Heimat“ zu verbinden.

Länger arbeiten – aber wie? Perspektiven für die Erwerbstätigkeit bis zur und jenseits der Regelaltersgrenze

Andrea Hammermann, Senior Economist für Personalökonomie, IW Köln



Andrea Hammermann

Wir alle wissen: Die Babyboomer gehen in Rente, die Belegschaften werden älter, offene Stellen bleiben unbesetzt – und gleichzeitig wünschen sich viele Menschen kürzere Arbeitszeiten. Das ist die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt. **Länger arbeiten wird zur Notwendigkeit.**

Gelingen kann dieser Spagat nur, wenn wir **Arbeit und Ruhestand grundlegend neu ordnen**. Gesetzgeberischer Reformwille ist gefragt, um **Frühverrentung abzuschaffen** und **Weiterarbeit nach dem Renteneintritt zu erleichtern**. Aber auch eine **lebensphasenorientierte Personalpolitik** im Betrieb kann die Arbeitsfähigkeit und -motivation erhalten. Denn: Wenn Erwerbstätigkeit verloren geht, hat das ähnliche Auswirkungen auf die Lebenszufriedenheit wie der Tod des Partners.

Wandel ins Rollen bringen

Sebastian Wächter, Autor und Mindsetcoach

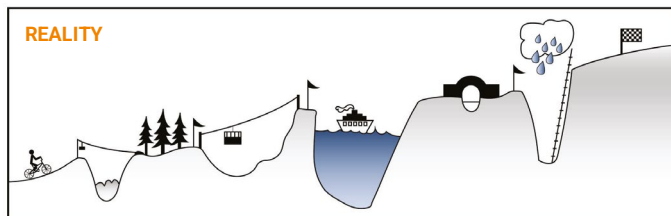
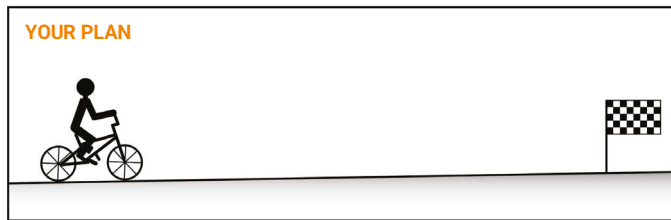


Sebastian Wächter

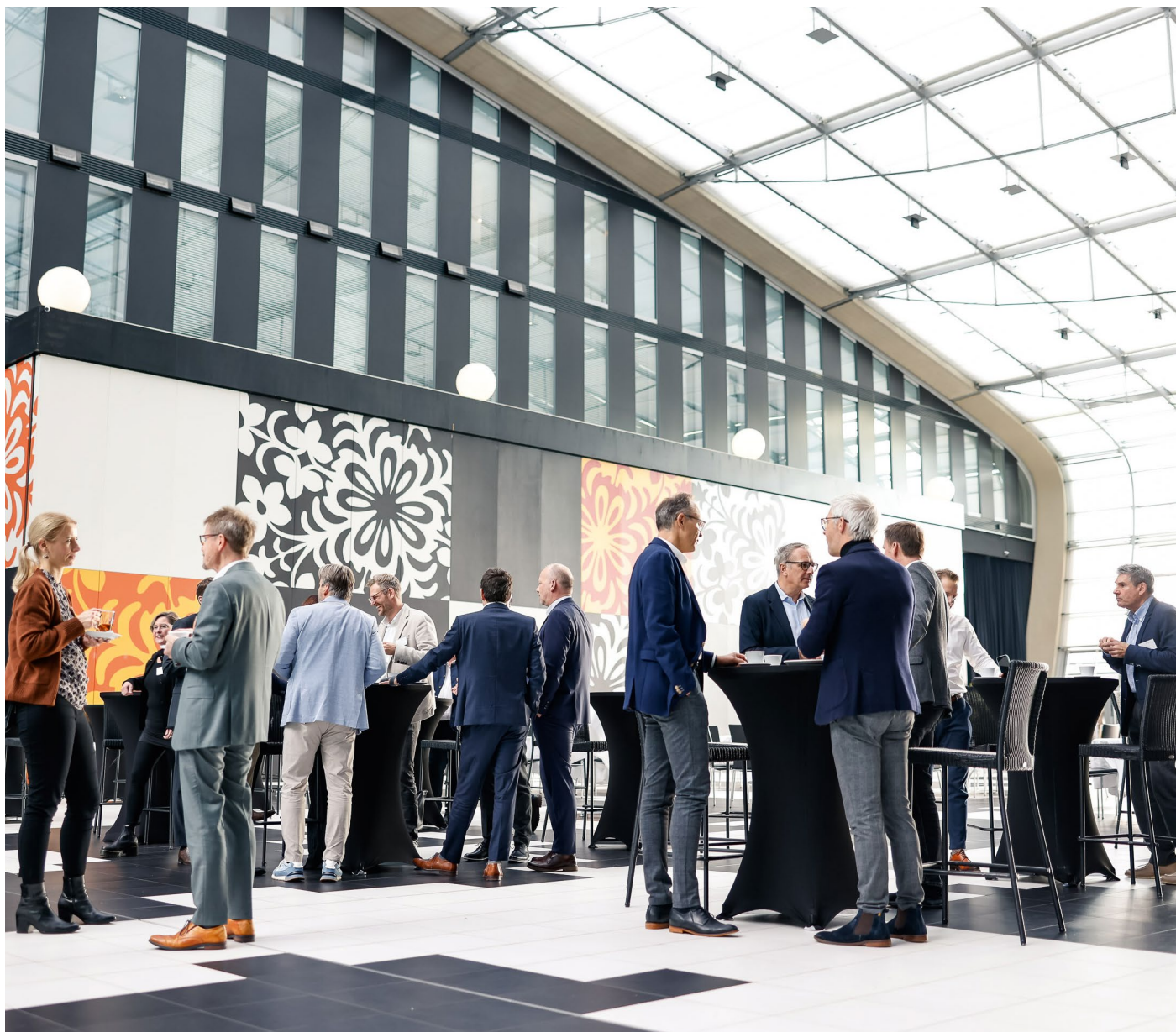
AGV-PERSONALMANAGEMENT KONFERENZ AUSSENDIENST

Sebastian Wächter wurde durch sein Schicksal vor große Herausforderungen und Veränderungen gestellt. Denn vor über zehn Jahren beginnt sein persönlicher, radikaler Veränderungsprozess, als er sich sein Genick bricht. Er ist daran aber nicht zerbrochen, sondern kann nach mehreren Höhen und Tiefen behaupten, gestärkt daraus hervorgegangen zu sein.

So gilt es, die Abwehrphase gegen **Veränderungsprozesse zwar zuzulassen, aber irgendwann in Einsicht umzuwandeln**. Change gelingt nur, wenn das Hoffen auf eine erneute Änderung der Rahmenbedingungen zu einem Ende kommt. Der wichtigste Schritt ist deshalb „**Akzeptanz**“. Erst aus der Akzeptanz heraus, ist es möglich, offen für Neues zu sein und wieder ins Handeln zu kommen. Aber was passiert, wenn nichts passiert? Und dass, obwohl die Veränderung doch zugelassen wird ... Positives Denken alleine reicht eben nicht – es braucht konkrete Entscheidungen und Handlungen, um Herausforderungen wirklich zu meistern.



Die zentrale Botschaft von Sebastian Wächter: **Wer sein Mindset ändert, wird vom Betroffenen zum Gestalter** – und erlebt Change als Chance statt Bedrohung. ▽



Auf ein Neues: Was 2026 für die Personalarbeit bringt

2026

Jahresauftaktveranstaltungen

Zum Start ins Jahr 2026 lädt der AGV wieder zu seinen traditionsreichen Jahresauftaktveranstaltungen ein. Hier treffen sich die Personalverantwortlichen der Assekuranz und erfahren, welche Trends, Verpflichtungen und Chancen die Personalarbeit im kommenden Jahr prägen werden.

Wie gewohnt erwartet die Teilnehmenden eine kompakte Mischung aus rechtlichen Updates, Berichte zu arbeitsmarktpolitischen Entwicklungen und Impulsen aus der Praxis – inklusive Raum für Diskussionen, Austausch mit den AGV-Referenten und Vernetzung untereinander.

Die diesjährigen Themen sind:

- Die Kunst der richtigen Eingruppierung
- Entgelttransparenzrichtlinie und ihre Umsetzung
- Pay Equity Analyse in der Praxis
- Rechtliche Auswirkungen der Rentnerbeschäftigung
- Fehlzeiten verstehen und steuern
- Zukunftsstrategien im Recruiting

- KI-Verordnung im HR-Alltag
- Das Wichtigste aus der Rechtsprechung 2025

Die – inhaltsgleichen – Jahresauftaktveranstaltungen finden jeweils von 10.00 Uhr bis 16.45 Uhr statt:

- **am Donnerstag, 15. Januar 2026,**
in Hamburg im Empire Riverside Hotel
- **am Dienstag, 20. Januar 2026,**
in München im Sofitel Hotel
- **am Donnerstag, 22. Januar 2026,**
in Köln im Marriott Hotel

Das ausführliche Programm ist auf der Homepage des AGV veröffentlicht, über <https://agv-vers.de/service/veranstaltungen.html> kann die Anmeldung erfolgen.



WUSSTEN SIE SCHON, DASS...?

► ... die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di für die mehr als zwei Millionen Beschäftigten der Bundesländer **sieben Prozent mehr Lohn fordert**? Interessant: Die durchaus gewerkschaftsfreundliche *Süddeutsche Zeitung* bewertet diese Forderung als „überzogen“. Sieben Prozent mehr Gehalt seien weder angemessen noch finanzierbar.

7%

© Stock / Mustapha GUNINGUNI

► ... die Einkommensverteilung in Deutschland in den letzten Jahren stabil geblieben ist? Das geht aus dem 7. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, den das Bundeskabinett am 3. Dezember beschlossen hat, hervor. Weitere wesentliche Feststellungen: Die Vermögensungleichheit sank, und es gab auf breiter Basis Vermögenszuwächse! Altersarmut ist erfreulicherweise selten, die Grundrente ist keine geeignete Maßnahme gegen Altersarmut. Erneut erkennbar ist eine Diskrepanz zwischen der positiven Datenlage einerseits und der wahrgenommenen Entwicklung eines Auseinanderdriftens von Armut und Reichtum in der Gesellschaft andererseits.

Weiterbildungsumfrage 2025: Weiterbildung erfolgt mit System

Die Versicherungswirtschaft bleibt beim Thema Weiterbildung auf Kurs: **90 Prozent** der Innendienst-Mitarbeitenden haben 2024 Weiterbildungsangebote genutzt und dafür im Durchschnitt **3,1 Kalendertage** investiert. Das zeigt die aktuelle Weiterbildungsumfrage 2025 von AGV und dem Berufsbildungswerk der Deutschen Versicherungswirtschaft (BWV).

Die Ergebnisse bestätigen, dass Weiterbildung in den Unternehmen strategisch geplant wird: Nahezu alle befragten Unternehmen (95 Prozent) nutzen ein **strukturiertes Bildungscontrolling**. Weiterbildungsbedarfe werden überwiegend im direkten Austausch mit Mitarbeitenden (93 Prozent) und Führungskräften (86 Prozent) erfasst; 56 Prozent beziehen zusätzlich Kundenfeedbacks ein.

Bei der Planung der Weiterbildungsausgaben orientieren sich **74 Prozent an strategischen Unternehmenszielen**, **67 Prozent an abteilungs-spezifischen Bedarfen** und **63 Prozent an gesetzlichen Anforderungen**. Bei der Auswahl von Maßnahmen zählen für die befragten Unternehmen vor allem drei Kriterien: die Ergebnisse einer Kosten-Nutzen-Analyse, die Passgenauigkeit zu identifizierten Kompetenzlücken sowie der Grad der Übereinstimmung mit den strategischen Unternehmenszielen.

Alle befragten Unternehmen fördern zudem **Weiterbildungsabschlüsse**. Die Kosten werden vollständig oder teilweise übernommen (100 Prozent), 86 Prozent gewähren Freistellung und ebenfalls 86 Prozent unterstützen bei der Auswahl geeigneter Angebote.

Die detaillierten Ergebnisse finden Sie unter www.agv-vers.de/weiterbildungsumfrage. ▽



Eva-Miriam Böttcher übernimmt

Die Regionalausschüsse des AGV (ARA) bilden die ehrenamtliche Regionalstruktur des Verbandes und dienen der besseren örtlichen Vernetzung der Personalarbeit in der Versicherungswirtschaft. Ihre Vorsitzenden sind kraft Amtes Mitglieder des Ausschusses für Tarif- und Arbeitsrechtsfragen (ata) des AGV.

Der erst kürzlich aus den Regionalausschüssen Süd und Süd-West fusionierte ARA Süd-West hat ab Januar 2026 eine neue Vorsitzende: **Eva-Miriam Böttcher**, Konzernpersonal-



Eva-Miriam Böttcher

leiterin bei Wüstenrot & Württembergische AG, ist von ihren Personalleiterkollegen und -kolleginnen einstimmig zur Nachfolgerin des bisherigen Vorsitzenden Jens Müller bestimmt worden.

Eva-Miriam Böttcher, „gelernte“ Diplomkauffrau der Universität zu Köln, war 13 Jahre für die WestLB tätig, zuletzt als Director Human

Resources, bevor sie nach Stationen bei MUFG Bank Europe und Engel & Völkers zur W&W Gruppe gestoßen ist. Sie gehört dem AGV-Ausschuss für Tarif- und Arbeitsrechtsfragen (ata) seit 2023 an.

Jens Müller scheidet bei der Stuttgarter Lebensversicherung a.G., wo er seit 2015 als Personalleiter tätig war, im besten beiderseitigen Einvernehmen aus, um eine neue berufliche Herausforderung anzunehmen. Neben seiner Mitgliedschaft im ARA seit 2015 war er als dessen Vorsitzender seit 2019 auch Mitglied im ata. Zudem ist er Ehrenamtlicher Richter am Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg.



Jens Müller

Ein herzlicher Dank gilt Jens Müller für seine engagierte Arbeit als Vorsitzender. Eva-Miriam Böttcher wünschen wir eine glückliche Hand als neue Vorsitzende des ARA Süd-West. ▽

Datenzugang kann zu Exodus führen

Die Europäische Union plant eine „Verordnung über einen Rahmen für den Zugang zu Finanzdaten“ (**Financial Data Access – FiDA**). Im Juni 2023 hatte die zuständige Kommissarin den Entwurf dieser Verordnung veröffentlicht. Die Verordnung soll den Anwendungsbereich des Open Bankings hin zu Open Finance erweitern, ein **gesetzliches Zugangsrecht zu Kundendaten** schaffen und dabei erstmalig auch Versicherungsunternehmen einschließen. Dateninhaber, zum Beispiel Versicherer, sollen autorisierten Drittanbietern Kundendaten zur Verfügung stellen müssen. Zu diesem Zweck sollen **standardisierte Schnittstellen (APIs) für den Datenaustausch** eingeführt werden.

Die Sozialpartner der deutschen Versicherungswirtschaft – der **Arbeitgeberverband der Versicherungsunternehmen in Deutschland (AGV)** und die **Dienstleistungsgewerkschaft ver.di** – sind in einem gemeinsamen Appell gegenüber dem federführenden Bundesministerium der Finanzen dafür eingetreten, dass die EU-Kommission den Verordnungsentwurf zurückzieht bzw. dass die Bundesrepublik diesem Entwurf im Rat nicht zustimmt. Die Sozialpartner befürchten übereinstimmend die **Verlagerung von Wertschöpfung und damit qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze aus der Europäischen Union hinaus**:



Gemeinsamer Appell des Arbeitgeberverbandes der Versicherungsunternehmen in Deutschland und der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di

In der politischen Diskussion um die Financial Data Access Regulation (FiDA) hat sich in den letzten Wochen die reale Gefahr herauskristallisiert, dass die europäische Versicherungswirtschaft durch FiDA in einen nachhaltigen Wettbewerbsnachteil gegenüber internationalen Tech-Konzernen außerhalb der EU geraten kann. Die Ansätze dieser globalen Tech-Anbieter zielen nämlich erkennbar darauf, die Wertschöpfung und damit qualitativ hochwertige Arbeitsplätze aus der EU hinaus zu verlagern.

Angesichts des geopolitischen Umfelds, der Uneinigkeit im Rat, der Industriebedenken und der erkennbaren Gefahren für die Arbeitsplätze am Standort Europa und insbesondere in Deutschland bitten der Arbeitgeberverband der Versicherungsunternehmen in Deutschland und die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di das federführende Bundesministerium der Finanzen, darauf hinzuwirken, dass die EU-Kommission den Verordnungsentwurf zurückzieht bzw. dass die Bundesrepublik diesem Entwurf im Rat nicht zustimmt.

In einem Commission Services Non-Paper vom 16. Mai 2025 (WK 6497/2025 INIT) wurde das Thema explizit aufgegriffen und festgestellt, dass kein fairer Wettbewerb entstehen kann, wenn internationale Tech-Konzerne die Plattform-Vorteile von FiDA (FISP-Status, große Datenmengen in Echtzeit, geringere Marktzugangskosten) voll nutzen können (vgl. Seite 8 oben):

„Gatekeepers have considerable economic power and are able to leverage their advantages, such as their access to large amounts of data, from one area of activity to another. Some of those undertakings exercise control over whole platform ecosystems in the digital economy and are extremely difficult to challenge or contest. This could lead to serious imbalances in bargaining power for markets in the digital sector.“

Die in diesem Abschnitt des Non-Papers genannten Regulierungsvorschläge reichen aus unserer Sicht nicht aus. Unsere Sorge gilt dabei den Arbeitsplätzen in Deutschland und in Europa:

Globale Tech-Unternehmen in der Plattform- und Datenökonomie zielen auf zentrale Teile der Wertschöpfungskette der Versicherungswirtschaft und damit auf qualitativ und quantitativ hochwertige Arbeitsplätze in Deutschland und Europa: Kunden- und Vertriebskommunikation, Kundenberatung, IT-Entwicklung (insbesondere im Bereich der KI) und datengetriebene Produkt- und Serviceentwicklung. All diese Bereiche wären unmittelbar betroffen, wenn FiDA in der vorliegenden Form in Kraft treten würde, weil die globalen Tech-Unternehmen dieses neue Instrument zu einem rasanten Markteintritt nutzen würden. So sehr die Sozialpartner der Versicherungswirtschaft digitale Innovationen in der Versicherungsindustrie unterstützen, so sehr sind sie über die unkalkulierbaren Risiken besorgt, die mit der vorliegenden FiDA-Regulation einhergehen.

Auch die europäischen Sozialpartner im Versicherungssektor haben sich in diesem Sinne unter anderem gegenüber der **dänischen Ratspräsidentschaft** positioniert. Sie befürchten, dass „FiDA ernsthafte Risiken für die Verbraucher, die langfristige Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung im europäischen Versicherungssektor sowie für die Agenda der Europäischen Union zur digitalen Souveränität mit sich bringt“. Wörtlich schreiben die Sozialpartner: „Indem sie Gatekeepern den Zugang zu den Finanzdaten von EU-Bürgern ermöglicht, läuft FiDA Gefahr, die **Kontrolle von Nicht-Europäern über die Datenwirtschaft Europas zum Nachteil europäischer Unternehmen, Arbeitnehmer und Verbraucher zu verstärken.**“



Ant:
MEP Johan van Oortveldt
Dänische EU-Ratspräsidentschaft

CC:
Ausschuss der Ständigen Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten bei der Europäischen Union (ASV II) Künftige zyprische EU-Ratspräsidentschaft
Schattenberichterstatter des Europäischen Parlaments
Maria Luis Albuquerque, Kommissarin für Finanzdienstleistungen und die Spar- und Investitionsunion Valdis Dombrovskis, Kommissar für Wirtschaft und Produktivität, Umsetzung und Vereinfachung

Betreff: Bedenken des europäischen Versicherungssektors und der Gewerkschaftsvertreter hinsichtlich des FiDA-Gesetzesvorschlags

Sehr geehrter Herr Abgeordneter
von Oortveldt, sehr geehrter Herr
Grünbech-Jensen,

Im Namen des europäischen Versicherungs- und Rückversicherungssektors und von UNI Europa Finance, dem Gewerkschaftsverband, der dessen Beschäftigte vertritt, möchten wir Ihnen unsere gemeinsamen ernsthaften Bedenken hinsichtlich des Vorschlags für eine Verordnung über den Zugang zu Finanzdaten (FiDA) mitteilen.

Wir unterstützen zwar das Bestreben der Kommission, eine datengesteuerte Wirtschaft zu fördern, sind jedoch der Ansicht, dass FiDA ernsthafte Risiken für die Verbraucher, die langfristige Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung im europäischen Versicherungssektor sowie für die Agenda der EU zur digitalen Souveränität mit sich bringt.

In ihrer derzeitigen Fassung würde die Umsetzung der FiDA eine erhebliche finanzielle und operative Belastung für die europäische Versicherungsbranche mit sich bringen. Die Erfahrungen mit der PSD2 haben gezeigt, dass die Öffnung des Zugangs zu Daten ohne klare Nachfrage nicht automatisch einen Mehrwert für Verbraucher oder Wirtschaft bringt. Stattdessen kann dies zu kostspieligen Implementierungen und einer geringen Akzeptanz führen und gleichzeitig wichtige Ressourcen binden, die sonst zur Unterstützung europäischer Unternehmen, Arbeitnehmer und Verbraucher investiert werden könnten.

Dies könnte dauerhafte Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Versicherungssektors, seine Fähigkeit, Verbraucher effektiv zu bedienen, und seine Innovationsinvestitionen haben. Der Versicherungssektor ist ein wichtiger Arbeitgeber in ganz Europa, und seine Fähigkeit, sich durch die Entwicklung, Weiterqualifizierung und das Wachstum seiner Belegschaft anzupassen und zu florieren, hängt von einem fairen und ausgewogenen regulatorischen Umfeld ab.

Wir sind auch sehr besorgt über die Auswirkungen von FiDA auf die Privatsphäre, die Sicherheit und das Vertrauen der EU-Bürger. Der Versicherungssektor ist insofern einzigartig, als er eine große Menge an personenbezogenen und hochsensiblen Daten verarbeitet, die ihm von seinen Versicherungsnehmern anvertraut werden. Durch die Öffnung solch großer Mengen sensibler Finanz- und Versicherungsdaten würde der Vorschlag erhebliche Risiken für Missbrauch, einschließlich Betrug, Cyberangriffe und Datenverstöße, mit sich bringen. Diese Risiken würden das Vertrauen der Verbraucher in die digitalen und finanziellen Ökosysteme Europas untergraben.

Aus strategischer Sicht muss sich die FiDA an den übergeordneten Zielen der EU im Bereich der digitalen Souveränität ausrichten. Indem sie Gatekeepern den Zugang zu den Finanzdaten von EU-Bürgern ermöglicht, läuft die FiDA Gefahr, die Kontrolle von Nicht-Europäern über die Datenwirtschaft Europas zum Nachteil europäischer Unternehmen, Arbeitnehmer und Verbraucher zu verstärken. Der durch diesen Zugang geschaffene Mehrwert dürfte außerhalb der EU abfließen, wodurch sich die bestehende digitale und wirtschaftliche Kluft weiter vergrößern würde.

Gatekeeper profitieren bereits von einem beispiellosen Zugang zu Verbraucherdaten und technologischer Infrastruktur. Diese Unternehmen nehmen eine dominante Stellung auf den digitalen Märkten ein, und ihr Einstieg in Finanzdienstleistungen würde ihren Einfluss weiter festigen – und das zu einer Zeit, in der Europa seine Anstrengungen auf die Stärkung seiner Wettbewerbsfähigkeit und seines technologischen Vorsprungs konzentrieren muss.

Die laufenden Trilog-Gespräche bieten eine entscheidende Gelegenheit, die oben genannten Bedenken umfassend anzugehen. Wenn diese Fragen nicht angemessen gelöst werden, sollte die Rücknahme des FiDA-Vorschlags die einzig gangbare Vorgehensweise bleiben.

Wir bekennen uns weiterhin zu einem konstruktiven Dialog und sind bereit, die Entwicklung eines verhältnismäßigen, sicheren und zukunftsfähigen Rahmens für den Zugang zu Finanzdaten in Europa zu unterstützen.

Unterzeichnet wurde dieser Appell von **UNI Europa Finance**, die 100 Gewerkschaften und 1,5 Millionen Beschäftigte in den europäischen Zentralbanken, im Bank- und Versicherungssektor vertritt, von **Insurance Europe**, dem europäischen Verband der Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen, von **AMICE**, der Vereinigung der Gegenseitigkeitsversicherer und Versicherungsgenossenschaften in Europa, sowie von **BIPAR**, dem europäischen Verband der Versicherungs- und Finanzintermediäre. ▽

DEUTSCHER ARBEITGEBERTAG



Quelle: BDA

Der Deutsche Arbeitgebertag 2025, an dem Ende November in Berlin über 1 000 Vertreter aus Verbänden, Politik, Wirtschaft und Medien teilgenommen haben, stand unter dem Motto „Deutschland kann mehr“ und fand größte mediale Aufmerksamkeit. So erntete Bundesarbeitsministerin **Bärbel Bas** mit ihrem mittlerweile berühmten Satz „Wir finanzieren die Haltelinie aus Steuermitteln und belasten damit die Beitragszahler nicht“ Gelächter (siehe auch das Editorial dieser Ausgabe). Der Vorsitzende der Jungen Union Deutschlands, **Johannes Winkel**, trug seine von der Bundesregierung abweichende Auffassung zum Rentenpaket vor – und erhielt dafür viel Applaus. Bundeskanzler **Friedrich Merz** (CDU) verteidigte dagegen die Regierungslinie. Auch Finanzminister **Lars Klingbeil**, Wirtschaftsministerin **Katherina Reiche** und Digitalminister **Karsten Wildberger** warben vor den deutschen Arbeitgebern für die Politik der Bundesregierung. Arbeitgeberpräsident **Rainer Dulger** nutzte die „große Bühne“, um nachdrücklich für einschneidende Reformen vor allem in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu werben. Seine zentrale Forderung: „Alle in der Koalition brauchen mehr Ambition.“



Quelle: BDA

Rainer Dulger

„Deutschland scheint irgendwann **falsch abgebogen** zu sein. Viele von uns haben gedacht, dass die wirtschaftliche Stärke unseres Landes etwas Unverrückbares wäre. **Kleine Wachstumsraten wurden gefeiert, ohne zu sehen, dass der Wettbewerb viel schneller wächst als wir.** Während andere Länder **Technologiesprünge** machen, überlegen wir, wie sich diese regulieren lassen. **Wir dürfen keine Nostalgiegesellschaft werden.**

Viele Unternehmen sind tief verwurzelt in diesem Land. Sie sind eng verbunden mit ihrer Region und den Menschen. Gerade, weil wir **Standortpatrioten** sind, wollen wir den Erfolg unseres Landes.

DEUTSCHER ARBEITGEBERTAG

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat festgestellt, dass die Betriebe in Deutschland in den vergangenen drei Jahren **325 000 Arbeitskräfte zusätzlich eingestellt haben, um die gewachsene Bürokratie zu bewältigen.** 325 000 ! Diese Menschen fehlen in den Unternehmen, bei der Wertschöpfung, bei der Kundenbetreuung, in Forschung und Entwicklung. Das kann nicht sein!

Genau aus diesem Grund unterstützen wir Bundesminister Wildberger, der eine starke Agenda zum Bürokratieabbau und zur Staatsmodernisierung vorgelegt hat. Er will die **Bürokratiekosten um 25 Prozent reduzieren.** Das wären rund 16 Milliarden Euro. Und das bis zum Ende der Legislatur. Da sage ich: Chapeau.

Immer mehr Geld zu verteilen und neue Leistungen zu schaffen, heißt nicht, dass ein System fairer wird. **Ein Sozialstaat ist gerecht, wenn er dort hilft, wo er gebraucht wird – und wenn er dabei finanzierbar bleibt.** Wir leisten uns laut ifo-Institut mehr als 500 Sozialleistungen, allein die Sozialgesetzbücher umfassen über 3 000 Paragraphen. Niemand kann mir erklären, dass das effizient ist.

Wir müssen wieder zurück zum **Grundsatz des Förderns und Forderns kommen.** Denn Arbeit ist die Grundlage für persönliche Entwicklung und gesellschaftlichen Wohlstand! **Wer arbeiten kann, soll auch arbeiten.** Jeder, der Sozialleistungen bekommt, muss alles dafür tun, wieder in Arbeit zu kommen. **Die Grundsicherung ist für die Menschen da, die wirklich Unterstützung brauchen.** Mich würde es freuen, wenn wir mit gleicher Intensität nicht nur über Bürgergeld-Empfänger, sondern auch über diejenigen sprechen, die jeden Morgen aufstehen und zur Arbeit gehen. **Das hat auch mit Fairness und Gerechtigkeit zu tun.**

Wenn die Menschen älter werden, muss auch die Regelaltersgrenze schrittweise angehoben werden. Das ist nur fair. Und wenn wir Fachkräfte brauchen, darf es keine abschlagsfreie Rente mit 63 mehr geben. Sie ist teuer und verschärft den Fachkräftemangel. Zukunft hat das Rentensystem nur, wenn die Lasten der Alterung fair auf die Generationen verteilt werden."

Und an den Bundeskanzler gewandt:

„Lieber Herr Bundeskanzler, in der Außenpolitik haben Sie gezeigt, wie notwendig und erfolgreich Veränderung sein kann: Sie haben in Europa wieder Vertrauen aufgebaut, das transatlantische Bündnis gestärkt und Deutschland auf der Weltbühne wieder zu einem verlässlichen Partner gemacht. Das verdient Respekt. Klar ist auch: Stabilität nach Außen braucht wirtschaftliche Stärke im Inneren. **Deutschland braucht Sie jetzt als Wachstumskanzler!**

Die Rente wird in den nächsten Jahren steigen. Es geht in der Debatte nicht um Rentenkürzungen, sondern um die Dynamik des Anstieges. Und wie stark die Rente steigt, hängt allein davon ab, wie wirtschaftlich erfolgreich wir in Zukunft sein werden. Nur das Rentenniveau allein im Auge zu behalten, reicht nicht aus. Wir müssen auf den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes achten. Denn nur wenn wir erfolgreich sind, können die Renten steigen. Meine herzliche Bitte: **Achten Sie bei der Rente auf Generationengerechtigkeit und Bezahlbarkeit.**

Schluss mit neuen Bürokratiegesetzen! Wir brauchen **kein Tariftreuegesetz.** Das Entgelttransparenzgesetz muss **bestehende Tarifverträge respektieren.** Und wir brauchen **keine weiteren Regeln für die Arbeitszeiterfassung.**"



Quelle: BDA

DEUTSCHER ARBEITGEBERTAG



Friedrich Merz

Quelle: BDA



Lars Klingbeil

Quelle: BDA

Friedrich Merz

„Wir leben in einer **tektonischen Verschiebung der Machtzentren auf der Welt**. Wenn wir in dieser Welt bestehen wollen, geht es um mehr als 48 Prozent Haltelinie. Kinder und Enkelkinder werden sich nicht mehr an die Haltelinie erinnern. Wir haben im Kabinett nicht mehr und nicht weniger verabschiedet als im Koalitionsvertrag vereinbart. Ich möchte eines Tages nicht aus diesem Amt scheiden mit dem Vorwurf, ich hätte die falschen Ziele gesetzt.

Die Aktivrente ist kein Steuergeschenk, sondern der **Einstieg in eine längere Lebensarbeitszeit**.“

Lars Klingbeil

„Ich bin sehr klar darin, dass wir das Rentengesetz jetzt beschließen sollten, wie wir es vorgelegt haben. Wer fleißig gearbeitet hat, muss auch eine auskömmliche Rente bekommen.“

Der Vizekanzler bekannte sich zu den geplanten Steuer-senkungen für Unternehmen, sprach über dringend notwen-

dige private Investitionen. Auch der Sozialstaat müsse reformiert werden, müsse „zielgenauer und effizienter werden“.

„Die Rentenkommission wird grundlegende Reformen beraten. Da kommt alles auf den Tisch.“

AGV-Vorsitzender erneut BDA-Vize

Vor dem Deutschen Arbeitgebertag wählte die Mitgliederversammlung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) ihre Führungsgremien für die nächsten beiden Jahre. **Rainer Dulger**, der seit November 2020 an der Spitze der BDA steht, wurde einstimmig als Präsident bestätigt.

Seit 2015 ist der Vorsitzende des AGV, **Andreas Eurich**, einer der Vizepräsidenten der BDA. Er erhielt bei seiner fünften Wiederwahl die Stimmen aller BDA-Mitgliedsverbände.

Die BDA vertritt die Interessen von mehr als 1 Mio. Unternehmen mit circa 30 Mio. Beschäftigten. Sie ist die größte sozialpolitische Spitzenorganisation in Deutschland. ▽



Andreas Eurich (Vorsitzender des AGV und Vizepräsident der BDA), Steffen Kampeter (Hauptgeschäftsführer der BDA), Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger und Michael Niebler (Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des AGV)

Quelle: BDA



Es gibt nichts zu besprechen

Der „Verband der Familienunternehmer“ machte auf sich aufmerksam mit der Nachricht, er wolle künftig mit AfD-Vertretern in den Dialog treten und diese Partei „inhaltlich stellen“. Nachdem einige renommierte Mitglieder wie zum Beispiel ROSSMANN und Vorwerk aus dem Verband austraten, ruderte man zurück. War dieses Theater notwendig?

Zur Erinnerung: Der Thüringische Landesvorsitzende der AfD, ein Mann namens Höcke, ist rechtskräftig wegen Volksverhetzung verurteilt, weil er auf zwei Parteiveranstaltungen eine Nazi-Grüßformel verwendete. Der Bundesgerichtshof bestätigte erst am 11. September 2025 die beiden Entscheide des Landgerichts Halle. Konsequenzen für Höcke: Keine! Er tritt munter vor die Mikrophone und spricht für diese Partei.

Immer wieder höre ich, der Höcke sei zwar schlimm, aber mit Frau Weidel könne man doch reden, die sei doch ganz patent. Zur Erinnerung: Als Weidel 2024 zur Kanzlerkandidatin der AfD gekürt wurde, schwenkte das Publikum große blaue Herzen mit dem Spruch „Alice für Deutschland“. Das war nichts anderes als eine Anlehnung an den Nazi-Spruch, für den Höcke zu Recht verurteilt wurde. Der AfD-Parteitag verhöhnte die deutsche Justiz, er verhöhnte unseren Rechtsstaat. Frau Weidel stand nicht nur dabei, sie stand im Mittelpunkt des Treibens.

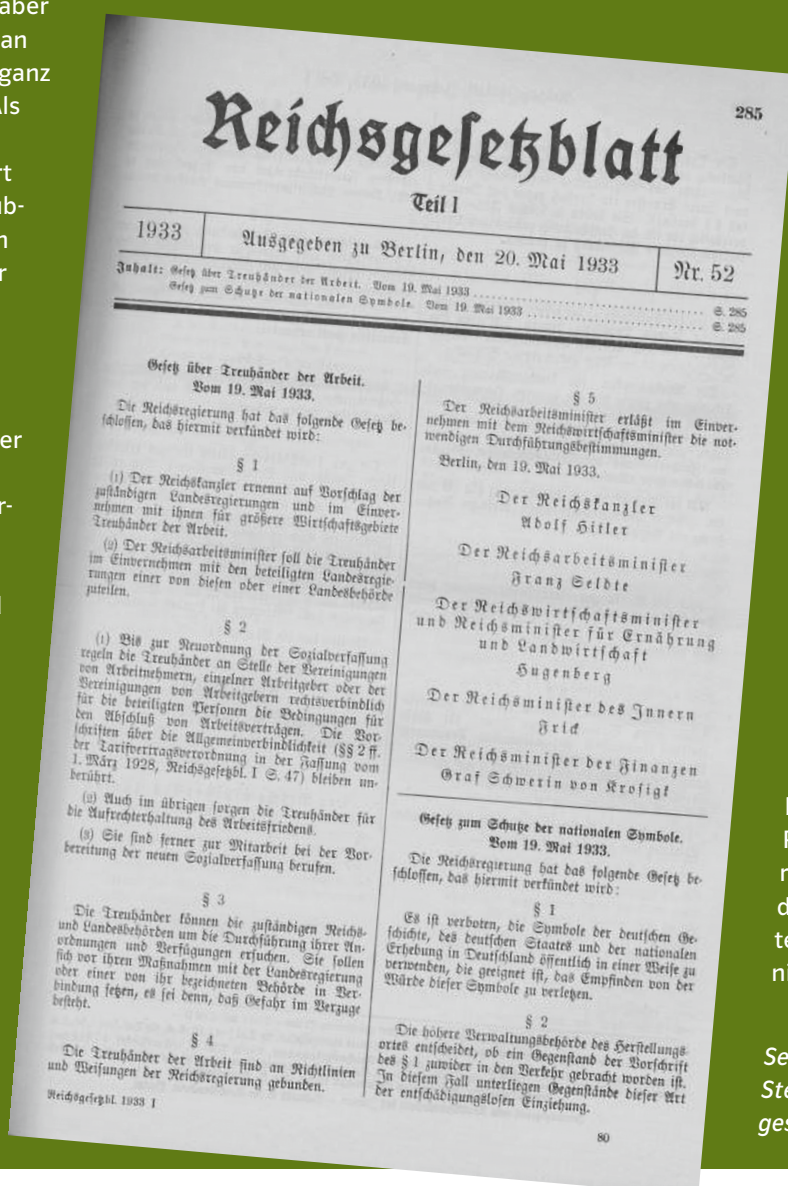
Der AfD-Spitzenkandidat für die Europawahl 2024, Maximilian Krah, sagte auf dem Parteitag in Riesa 2024: „Zum deutschen Volk gehören nur diejenigen, die in den Fotoalben ihrer Großväter erkennen können, dass sie zum deutschen Volk gehören!“ Wie er das meint? Ich habe es

verstanden! Es gibt hierfür einen einfachen Begriff: Krah denkt „völkisch“. Krah ist ein Rassist reinsten Wassers. Krah wurde übrigens in das Europaparlament gewählt. Und weil er so gut reden kann, durfte er nur Monate später für den Deutschen Bundestag kandidieren und sitzt nunmehr dort in der AfD-Fraktion.

Wie würde ein Höcke mit Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften umgehen, wenn er in diesem Land etwas zu sagen hätte? Wenn er so denkt, wie er grüßt, kann man es sich ausmalen. Die von den Nationalsozialisten geführte Reichsregierung erließ am 19. Mai 1933 das „Gesetz über Treuhänder der Arbeit“. Selbstverwaltete und autonom vom Staat organisierte Arbeitgeber- und Gewerkschaftsorganisationen wurden durch einen vom Staat eingesetzten Pseudo-„Treuhänder“, der beide Seiten in einem vertreten sollte, ersetzt. Es war die vollständige Abschaffung der Tarifautonomie. Autonomie ist der Feind der Diktatur. Höcke verachtet den Rechtsstaat und er verachtet seine Institutionen, Unternehmens- und Arbeitgeberverbände inklusive.

Richtig ist, dass weder die „Brandmauer“ noch Verfassungsschutzberichte bislang geeignet waren, AfD-Wahlerfolge zu verhindern. Richtig ist auch, dass man sich mit den Inhalten der Partei auseinandersetzen muss, die da heißen „Austritt aus der EU“, „Remigration“, Kapitulation vor Putin und Schlechreden des Standortes Deutschland bei unseren wichtigsten Partnern in den USA. Aber reden muss man dafür mit den Vertretern dieser Partei nicht. Es gibt nämlich nichts zu besprechen!

Sebastian Hopfner
Stellvertretender Hauptgeschäftsführer des AGV

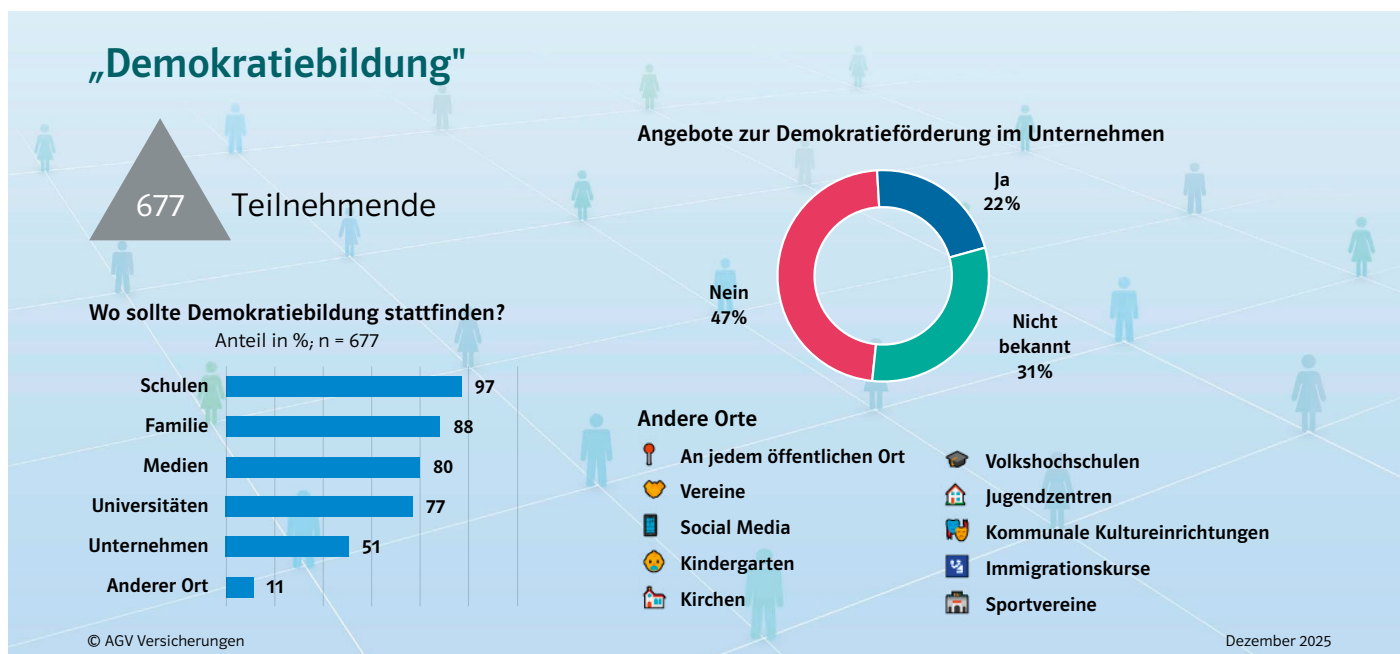


Demokratiebildung wird als wichtig erachtet

Die Umfrage „AGV – KURZ NACHGEFRAGT“ liefert regelmäßig ein Stimmungsbild der Versicherungsangestellten zu aktuellen Personalthemen. Ziel der Kurzerhebung ist es, die persönliche Perspektive der Beschäftigten zu arbeitsgeberrelevanten Themen einzuholen. Im Fokus steht der Perspektivwechsel: Befragt werden nicht die Mitgliedsunternehmen des AGV, sondern seine „Kunden“, vom Personalleiter und -referenten bis zum Recruiter, vom Controller bis zum Sachbearbeiter. Die Teilnahme an der Erhebung mit zwei bis drei Fragen erfordert weniger als eine Minute Zeit.

An der aktuellen Umfrage zum Thema **Demokratiebildung** nahmen 677 Mitarbeitende teil. Die Ergebnisse zeigen:

Demokratiebildung wird vor allem in Schulen, Familien und Medien verortet. Gleichzeitig ist **mehr als die Hälfte der Befragten der Meinung, dass auch Unternehmen einen Beitrag leisten sollten**. 22 Prozent berichten, dass es in ihrem Unternehmen bereits Angebote zur Demokratieförderung gibt, knapp einem Drittel sind solche Angebote nicht bekannt. Genannt werden vor allem Vorträge, Workshops, Diskussionsformate, Webinare und Lernplattformen. Von den Mitarbeitenden in Unternehmen mit entsprechenden Angeboten haben bereits **68 Prozent** teilgenommen, bei Führungskräften sogar 72 Prozent.



AGV – KURZ NACHGEFRAGT

Die Gründe für Demokratiebildung im Betrieb sind vielfältig: **Unternehmen agieren in einem demokratischen Umfeld, übernehmen gesellschaftliche Verantwortung und prägen mit ihrer Kultur einen zentralen Lebensbereich.** Zudem werden Offenheit, Beteiligung und ein respektvolles Miteinander als positive Effekte genannt. Auch die Außenwirkung – etwa gegenüber Kundinnen, Kunden und Investoren – spielt eine Rolle.

Gleichzeitig gibt es **kritische** Stimmen. Einige Beschäftigte sehen politische Bildung nach wie vor primär als Aufgabe von Schulen, Staat und Familie. Andere befürchten Konflikte am Arbeitsplatz oder eine politische Einflussnahme, die nicht in den betrieblichen Kontext gehören. Diese Rückmeldungen verdeutlichen, wie sensibel das Thema ausgestaltet werden muss.

Insgesamt befürworten 61 Prozent der Teilnehmenden Maßnahmen zur Demokratieförderung im Unternehmen. Gewünscht werden vor allem Informationen zu Grundrechten und Meinungsfreiheit, Formate zum Austausch über demokratische Werte, stärkere Beteiligungsmöglichkeiten sowie Initiativen gegen Hass und Desinformation.

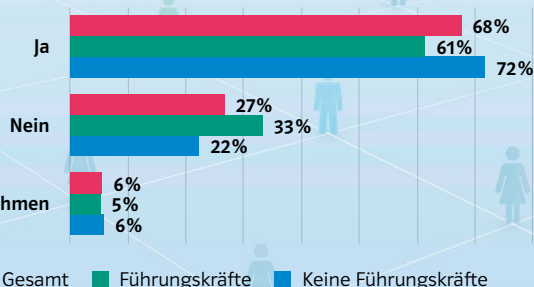
Wer Interesse an der Teilnahme an zukünftigen Kurzumfragen hat, kann sich unter www.agv-vers.de/kurznachgefragt anmelden. Die Ergebnisse werden den Teilnehmenden zugesandt; ausgewählte Befragungen erscheinen zudem in vis a vis. ▽

Nutzung der Angebote

Welche Angebote zur Demokratieförderung bietet ihr Unternehmen an?

-  Vorträge
-  Workshops
-  Podiumsdiskussionen
-  Mitarbeitendenbefragungen
-  Diskussionsrunden
-  Webinare
-  Austausch mit Politikern
-  LinkedIn Learning
-  Lernplattform
-  Diversity Programme

Haben Sie das Angebot bereits genutzt?

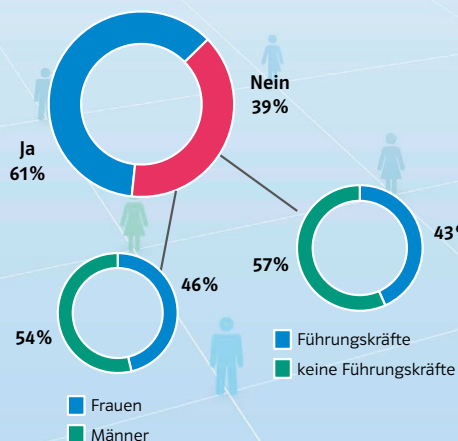


© AGV Versicherungen






Dezember 2025

Meinung zu Demokratiefördermaßnahmen im Unternehmen






Befürwortung von Demokratiefördermaßnahmen im Unternehmen



Vorschläge für Maßnahmen und Themen

-  Wahlrecht, Grundgesetz, Meinungsfreiheit
-  Diskussionsformate zu Werten der Demokratie
-  Stärkere Mitarbeiterbeteiligung an der Willensbildung im Unternehmen
-  Projekte gegen Hass und Hetze oder für Betroffene fördern
-  Meinungsfreiheit und wo die Grenzen liegen

Argumente gegen betriebliche Demokratiefördermaßnahmen

-  Kein betrieblicher Auftrag, gesellschaftliche Aufklärung ist Aufgabe von Erziehung und Staat
-  Politische Diskussionen gehören nicht in den beruflichen Alltag, da dies eine höchstpersönliche Angelegenheit ist, die nicht an den Ort eines Über/Unterordnungsverhältnisses gehört
-  Eher ein Thema für Schule, Ausbildung, Universität und Familie
-  Die Gefahr, dass keine objektive Demokratiebildung stattfindet, sondern politische Meinungsmache, Framing betrieben wird. Objektive Demokratiebildung traue ich Firmen grundsätzlich nicht zu
-  Angebote zur Demokratieförderung bzw. Politik am Arbeitsplatz könnte zu Konflikten führen

© AGV Versicherungen

Dezember 2025

AGV-VORSTAND

Sirka Laudon übergibt AXA und AGV an Johannes Dick

Sirka Laudon, Personalvorständin der AXA Deutschland seit Oktober 2019 und seitdem auch Mitglied des AGV-Vorstandes, hat ihr Unternehmen Ende Oktober auf eigenen Wunsch verlassen. Ihr Nachfolger: **Johannes Dick**, der seit 2012 in führenden Positionen für AXA arbeitet, unter anderem als Leiter des Programms „Agile@Scale“, der Konzernentwicklung und zuletzt des Firmenkundengeschäfts in der Sachversicherung.

Das Ressort, das er nun führen wird, wird zum 1. Januar 2026 noch erweitert: Aus People Experience wird dann **People and Data Experience**. Als erste Ländergesellschaft des Konzerns kombiniert die AXA Deutschland damit die Themen HR, Daten und KI auf Vorstandsebene.

AXA-Deutschland-CEO **Thilo Schumacher**: „Ich danke Sirka Laudon für ihren Einsatz und ihre Energie. Sie hat die Transformation von AXA Deutschland maßgeblich vorangetrieben und auch das Thema Nachhaltigkeit noch fester in unserer Organisation verankert. Johannes Dick wird mit seiner Erfahrung, Expertise und Weitblick die nötigen Strukturen aufbauen, damit wir auch in Zukunft ein erfolgreicher Versicherer, Partner und Arbeitgeber sind.“



Sirka Laudon



Johannes Dick

turen aufbauen, damit wir auch in Zukunft ein erfolgreicher Versicherer, Partner und Arbeitgeber sind.“

In einem LinkedIn-Post dankte Sirka Laudon der „AXA-Familie“ für „**sechs außergewöhnliche Jahre, sechs Jahre, die satt und rund waren, eine Zeit, die Spuren hinterlässt**“.

Der AGV dankt Sirka Laudon für sechs Jahre intensiver und produktiver Zusammenarbeit im Vorstand und freut sich auf die Impulse, die Johannes Dick in den Vorstand einbringen wird. ▽

GEDACHT ... GESAGT ...



AUSGEZEICHNET



IMPRESSUM

Herausgeber: Arbeitgeberverband der Versicherungsunternehmen in Deutschland | Arabellastraße 29 | 81925 München | Tel. 089 - 92 20 01-0 | visavis@agv-vers.de | www.agv-vers.de

Redaktionsschluss: 12. Dezember 2025

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Michael Niebler | **Redaktion:** Dr. Michael Niebler, Dr. Michael Gold, Betina Kirsch, Julia Blank, Kerstin Römelt und Sabine Freund
Konzeption: Kay Krüger Kommunikation | St.-Ottilien-Weg 5 | 85630 Grasbrunn | kay@kkkommunikation.com | **Gestaltung:** Herbert Schmid

visavis erscheint alle zwei Monate als Printprodukt.

Auf Wunsch (visavis@agv-vers.de) übermitteln wir Ihnen visavis auch per Mail.

Der Arbeitgeberverband der Versicherungsunternehmen in Deutschland vertritt auf Bundesebene und im internationalen Bereich die Interessen aller der Unternehmen, die im privaten Versicherungsgewerbe in Deutschland Arbeit anbieten. Diese Unternehmen beschäftigen zusammen aktuell rund 212.000 Mitarbeiter. Der Bezugspreis für die Verbandszeitschrift visavis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Der Druck dieser Broschüre erfolgte mit finanziellem Klimabeitrag.

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung des Herausgebers.

